Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige. Stettin, Kirchplatz Nr. 3. Redaktion, Druck und Verlag von R. Graßmann, Sprechstunden von 12—1 Uhr.

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe. Donnerstag, den 13. Dezember 1883. Nr. 582

Berlin, 12. Dezember. Bei der heute fortgesetzten Ziehung der 3. Klasse 169. königl. preuß Klassenlotterie fielen:

1 Gewinn von 6000 M. auf Nr. 21940.
1 Gewinn von 1800 M. auf Nr. 28321.
2 Gewinne von 900 M. auf Nr. 3524 30457.
9 Gewinne von 300 M. auf Nr. 7575 12239 13600 36880 39079 57639 70190 83824 92847.

Die Reise des Kronprinzen.

Granada, 12. Dezember. Der Kronprinz machte gestern Vormittag Einkäufe in der Stadt und besuchte dann wieder die Alhambra, wo er besonders im Saale der Gesandten und des Gerichts verweilte. Einer eingehenden Besichtigung wurden auch die Gärten mit ihren vielen Fontänes unterworfen. Von den Thürmen bot sich eine wunderbare Aussicht auf die schneebedeckte Sierra Nevada dar. Nach dem Morgenimbiß wurden Palast und Gärten des dem Grafen Pallavicini gehörigen Generalifs besichtigt. Am Nachmittag besuchte der Kronprinz die sehenswerthesten Gebäude der Stadt, darunter die Kathedrale mit ihren Grabmälern. Abends fand ein nochmaliger Besuch der Alhambra bei elektrischer Beleuchtung statt.

Bei Tage war warmer Sonnenschein, während Nachts starker Frost eingetreten war.

Rom, 11. Dezember. Die „Opinione" begrüßt mit warmen Worten die Reise des deutschen Kronprinzen nach Rom, da dieselbe ein glücklicher Anlaß sei, die zwischen den beiden Herrscherfamilien und den beiden Nationen bestehenden Freundschaftsbande noch mehr zu befestigen. Ein Besuch des Kronprinzen beim Papst bei diesem Anlaß sei sehr natürlich. Der gesunde Sinn der Italiener werde die Tragweite eines Ereignisses begreifen, dessen glückliche Wirkungen die Zukunft zeigen werde. Schließlich spricht die „Opinione" den Wunsch aus, daß der Kronprinz im Quirinal sein Absteigequartier nehme.

Deutschland.

Berlin, 12. Dezember. Von liberaler Seite ist nach der seltsamen Erklärung des Ministers von Puttkamer, er werde keinen Beamten befördern, welcher oppositionell stimmt, darauf aufmerksam gemacht worden, wie wenig dieser Grundsatz mit dem Erlaß des Kaisers vom 4. Januar 1882 und der dazu vom Reichskanzler gegebenen Erläuterung übereinstimmt. In jenem Erlaß erwartete der Kaiser von allen Beamten, daß sie sich im Hinblick auf ihren Eid der Treue von jeder Agitation gegen seine Regierung auch bei den Wahlen fernhalten; eine positive Leistung wurde nur von denjenigen Beamten verlangt, welche mit der Ausführung der Regierungsakte betraut sind und deshalb ihres Dienstes nach dem Disziplinargesetz enthoben werden können, und zwar erstrecke sich die durch den Diensteid beschworene Pflicht auf die Vertretung der Politik der Regierung auch bei den Wahlen. Auch von diesen Beamten verlangt der Erlaß aber keineswegs, daß sie ihr Wahlrecht im Sinne der Regierung ausüben, wie der Reichskanzler, der den Erlaß gegengezeichnet hat, in der Reichstagssitzung vom 24. Januar 1882 ausdrücklich konstatirte. Die Worte des Erlasses: „Es liegt mir fern, die Freiheit der Wahlen zu beeinträchtigen", lassen daran nicht zweifeln. Eine allgemeine und öffentliche Erklärung, daß der Beamte, der von der ihm seitens des Königs ausdrücklich garantirten Wahlfreiheit Gebrauch macht, auf eine Beförderung im Amte nicht rechnen dürfe, verträgt sich weder mit dem Erlaß vom 4. Januar d. J., noch mit der authentischen Interpretation desselben seitens des Reichskanzlers.

Es ist nun der Erwähnung werth, daß sich heute die freikonservative „Post" in demselben Sinne äußert. Das Blatt bemerkt schließlich:

„Ohne Zweifel wird die ganze Frage demnächst wiederum bei dem Etat des Ministeriums des Innern zur Sprache kommen; es werden alsdann auch die verschiedenen Parteien feste Stellung zu der Frage nehmen müssen; jene Aeußerungen des Fürsten Bismarck dürften dabei entscheidende Bedeutung gewinnen."

— Die Statistik der Selbstmorde zeigt, daß dieselben entschieden häufiger als früher auftreten. In Preußen starben durch Selbstmord im Jahre 1869 3186 Personen, d. i. 13 von je 100,000 Lebenden, im Jahre 1881 4958 Personen, d. i. 18 von je 100,000 Lebenden. Von Letzteren waren 4044 Personen männlich, 914 weiblich. Im Verhältniß zu den Männern treten demnach unter den Selbstmördern die Frauen bedeutend zurück. Wie in jedem Jahre seit 1869, so haben auch im Jahre 1881 die Männer mehr als 4½ mal soviel Selbstmorde begangen, als die Frauen. In den einzelnen Altersklassen gestaltet sich dieses Verhältniß für die Frauen allerdings ungünstiger. Im Alter von 15 bis 30 Jahren werden von den Frauen im Vergleich zu den Männern verhältnißmäßig bedeutend mehr Selbstmorde begangen, als im späteren Alter. Zieht man das Alter der Frauen, in welchem sie den Tod durch Selbstmord wählen, allein in Betracht, so ergiebt sich, daß mit der Zunahme des Alters die Selbstmorde unter den Frauen häufiger werden und im Alter von mehr als 80 Jahren bis auf 15,3 auf 100,000 weibliche Ortsanwesende steigen. Bei den Männern zeigt sich derselbe Einfluß des zunehmenden Alters auf die Selbstmorde; nur das höchste Lebensalter macht eine kleine Ausnahme. Während die Zahl der Selbstmorde im Jahre 1881 so erheblich stieg, daß im Alter von 70—80 Jahren von 100,000 männlichen Einwohnern rund 91 durch Selbstmord endeten, starben im Alter von mehr als 80 Jahren nur 88,5 Männer als Selbstmörder.

Die Motive zum Selbstmord nehmen in hervorragender Weise das öffentliche Interesse in Anspruch. Leider unterliegt aber die Feststellung derselben in den meisten Fällen naturgemäß nicht zu unterschätzenden Schwierigkeiten. Plötzlich treten diese unglücklichen Ereignisse auf und zeigen den Selbstmörder oft in einer Umgebung, der das Vorleben des Verstorbenen unbekannt ist. Unter solchen Umständen darf es nicht auffallen, daß die „unbekannten" Motive in verhältnißmäßig hohen Zahlen auftreten. Von je 100 Selbstmördern im Jahre 1881 hatten Hand an sich gelegt wegen Lebensüberdrusses 11,1 männlich, 9,4 weiblich, wegen körperlicher Leiden 6,2 männlich, 9,0 weiblich, wegen Geisteskrankheiten 19,4 männlich, 35,1 weiblich, wegen Leidenschaften 2,3 männlich, 6,3 weiblich, wegen Laster 12,9 männlich, 3,6 weiblich, wegen Trauer 0,3 männlich, 0,7 weiblich, wegen Kummers 16,3 männlich, 8,5 weiblich, wegen Reue, Scham, Gewissensbissen 8,6 männlich, 9,4 weiblich, wegen Aergers und Streits 3,0 männlich, 2,3 weiblich, aus unbekannten Motiven 19,9 männlich, 15,7 weiblich.

Was die Art der Selbsttödtungen betrifft, so starben im Jahre 1881 2612 männliche und 411 weibliche Personen durch Erhängen, 572 männliche und 369 weibliche Personen durch Ertränken, 500 männliche und 5 weibliche Personen durch Erschießen, 126 männliche und 75 weibliche Personen durch Vergiftung, 74 männliche und 15 weibliche Personen durch Schnitt in den Hals und 74 männliche und 15 weibliche Personen durch Ueberfahrenlassen durch die Eisenbahn.

Endlich entfielen im Jahre 1881 von je 100 Selbstmorden 19,6 auf den Winter (Januar—März) 31 auf das Frühjahr, 25,7 auf den Sommer und 22,0 auf den Herbst; von 1,7 blieb die Jahreszeit unbekannt.

— Die „Prov.-Korr." enthält unter der Ueberschrift „Die Rückreise des Kronprinzen" einen Artikel, aus dem wir folgende Stellen mittheilen:

„Auf demselben Wege, der ihn in das gastliche Spanien führte und der zu dem herzlichen Empfang in Genua Gelegenheit bot, wird der Erbe der deutschen Krone in die Heimath zurückkehren, zuvor aber den König von Italien in seiner Hauptstadt aufsuchen. Dieser Besuch ist durch die gegebenen Verhältnisse so direkt angezeigt worden, daß die Unterlassung desselben ungleich auffallender gewesen wäre, als die Abstattung. Daß der Kronprinz die Hauptstadt des Landes aufsucht, durch welches er seinen Weg nimmt, stellt sich darnach als natürliche Konsequenz des von ihm gewählten Reiseplanes dar. Die Hauptstadt des Königreichs Italien ist aber zugleich auch der Sitz des Oberhauptes der katholischen Kirche, bei welchem die preußische Regierung durch einen Gesandten vertreten ist. Es ist daher selbstverständlich, daß der Kronprinz Gelegenheit nehmen wird, um auch Sr. Heiligkeit dem Papste seinen Besuch abzustatten. An Absicht und Charakter des römischen Aufenthalts Sr. kaiserl. Hoheit wird damit Nichts geändert. Trotz — oder wegen — der Einfachheit dieses Zusammenhanges der Dinge hat man es in der Presse an Versuchen zur Verwirrung und Umdeutung derselben nicht fehlen lassen. Für Sachunkundige scheint die Versuchung, den römischen Aufenthalt des Kronprinzen mit kirchenpolitischen Fragen in Verbindung zu bringen, unwiderstehlich gewesen zu sein. Unbefangener Betrachtung drängt sich dagegen von selbst die Wahrnehmung auf, daß bei all' den Schlußfolgerungen, welche aus dem Zusammentreffen der römischen Reise mit der Begnadigung des Bischofs von Limburg angezogen, die für diese beiden Vorgänge allein in Betracht kommenden Momente bei Seite gelassen worden sind. Die — in weiten Kreisen längst erwartete — Begnadigung des Bischofs Dr. Blum gehört in die Reihe interner Maßregeln, welche die königl. Regierung ohne jede Nebenabsicht und lediglich im Interesse der katholischen Unterthanen des preußischen Staates ergriffen hat.

— Die Verwerfung des Mischehegesetzes durch das Oberhaus beherrscht momentan die Situation in Ungarn vollständig. Die gesammte Presse ist, wie ein Telegramm mittheilt, mit diesem Ereigniß beschäftigt; alle politischen Kreise erörtern dasselbe. Einstimmig wird konstatirt, daß im ungarischen Oberhause noch niemals solch turbulente Szenen stattgefunden haben, wie gestern. Herbeigeführt wurden dieselben von jenen zahlreichen jungen Magnaten, welche gestern zum ersten Mal im Oberhause erschienen waren. Ueberaus bezeichnend ist, was alle Blätter als Ursache der Verwerfung des Mischehengesetzes angeben. — Vor einiger Zeit erschien ein junger Magnat im Pester National-Kasino mit dem Rest seines Vermögens, circa 200 000 Gulden und verspielte dasselbe nicht nur, er blieb auch noch einen Betrag schuldig, welchen er nicht gleich bezahlen konnte. Deshalb sollte er aus dem National-Kasino ausgeschlossen werden. Tisza trat entschieden gegen die Ausschließung auf und hintertrieb dieselbe. In Folge dessen wütheten die jungen Magnaten gegen Tisza und erschienen nun im Oberhaus, arrangirten Skandale und stürzten das Mischehgesetz. Dieser kaum glaubliche Zusammenhang bedarf keines Kommentars, er ist echt magyarisch. Deshalb sagen auch die Blätter, der Jockeyklub habe das Mischehgesetz gestürzt. Nicht die besitzenden, sondern die besitzlosen Magnaten haben die gestrigen Szenen und die gestrige Abstimmung verursacht. Die politische Bedeutung des Ereignisses wird dadurch ausgedrückt, daß Tiszas Stellung vielfach als ernstlich erschüttert gilt. Indessen hat Tisza bereits größere Krisen überwunden. Er ist entschlossen, das Gesetz um jeden Preis durchzubringen oder zu fallen. Jedenfalls wird er die Reform des Oberhauses noch in dieser Session erledigen, namentlich nach zwei Richtungen: er will die politische Bestimmung abschaffen, daß jeder Magnat durch seine Geburt Mitglied des Oberhauses ist; ferner will er das Stimmrecht des Episkopats beschränken. Die gestrige Abstimmung und die Reform des Oberhauses stellen auch einen Konflikt zwischen den beiden ungarischen Kammern in Aussicht. Erwähnenswerth ist Folgendes: Kardinal Haynald sagte gestern: „Wir haben gesiegt, aber es war ein Pyrrhussieg." Dagegen wurde die Verwerfung des Gesetzes Abends von dem Primas von Ungarn, Kardinal Simor, von dem Jockeyklub und — von der orthodoxen Judengemeinde gleichzeitig durch Festessen gefeiert.

— Darf man der radikalen und der monarchistischen Presse in Frankreich Glauben schenken, so hätte die Deputirtenkammer durch das Vertrauensvotum für das Kabinet Ferry in der Tonkin-Angelegenheit den Krieg mit China zur Nothwendigkeit gemacht. „Alle Hoffnung auf Frieden ist jetzt verloren", schreibt Henri Rochefort im „Intransigeant". „Nicht die Fahne ist engagirt, sondern die Schmach der Deputirtenkammer." Nicht geringere Uebertreibungen enthält die monarchistische Presse, welche sich nicht auf Angriffe gegen die Kammer und das Kabinet beschränkt, sondern ihre Epigramme auch gegen den Präsidenten der Republik selbst richtet. Der vom „Figaro" anläßlich der Tonkindebatte unter der Ueberschrift „Die Lüge" veröffentlichte Leitartikel schließt mit einem Ausspruch, nach welchem die beiden Hauptpersonen in Frankreich, die Präsidenten der Republik und des Konseil, „falls sie ihre Situation gut verstehen", ihr Leben gar nicht besser abschließen könnten, als wenn sie beide in die Comédie Française eintreten, um daselbst, der eine in der Komödie „L'Avare", der andere in der Komödie „Le Menteur" aufzutreten. In dem Artikel selbst wird Jules Ferry beschuldigt, daß er der Kammer geflissentlich wichtige Dokumente wie den vielbesprochenen Vertrag von Hue in dem Gelbbuch vorenthalten habe. Die Lage des Kabinets erscheint trotz dem vorgestrigen Erfolge einigermaßen mißlich, wenn man erwägt, daß die bis zum 3. November aus Tonkin vorliegenden Nachrichten keineswegs auf einen günstigen Verlauf der militärischen Operationen schließen lassen. Insbesondere wird im „Indép. de Saigon" hervorgehoben, daß die Verproviantirung der Expeditionstruppen mit den größten Schwierigkeiten verbunden ist. Die Heeresleitung ist, wie daselbst gemeldet wird, verpflichtet, alles aus Honkong und China zu exorbitanten Preisen kommen zu lassen. Das Ministerium wird aber allem Anscheine nach kaum in nächster Zeit in der Lage sein, der Deputirtenkammer günstige Nachrichten über militärische Erfolge zu unterbreiten.

— Marquis Tseng hat sich, wie aus Paris berichtet wird, dort einer hochgestellten Persönlichkeit der auswärtigen Diplomatie gegenüber dahin geäußert, daß China wenn irgend möglich, den Krieg vermeiden wolle. China würde vielleicht darein willigen können, daß Frankreich Sontay besetze, um dann der Vermittelung eines anderen Landes, etwa Englands, Gelegenheit zur Bethätigung zu geben. Dagegen könne China nicht in die Besetzung Bacninhs willigen, erstens wegen der erhöhten Wichtigkeit des Platzes und dann wegen der großen chinesischen Besatzung, welche den Platz hält, und diesen nicht ohne Schwertstreich räumen würde.

— Anläßlich der Ueberreichung der Summe von 38,000 Pfund Sterling, welche von „Irland als Zeichen der Anerkennung der von Parnell dem Lande geleisteten Dienste" gespendet wurde, fand gestern Abend in Dublin zu Ehren des irischen Führers Parnell ein Banket statt, an welchem mehrere Unterhausmitglieder der parnellitischen Partei theilnahmen. Während des Bankets hielt Parnell in Beantwortung eines Toastes eine Rede, in welcher er die gegenwärtige Verwaltung Irlands in der heftigsten Weise angriff und erklärte, die irländischen Wähler würden bei den nächsten allgemeinen Wahlen entscheiden können, ob die Regierung liberal oder konservativ sei. Die Position der irländischen Partei sei eine feste; wenn die Partei Geduld habe, werde sie ihr Ziel, die nationale Unabhängigkeit Irlands, erreichen.

— Ueber die neuerliche Niederlage der egyptischen Truppen bei Jiamai in der Nähe von Suakim liegen nun außer der Reuter'schen Meldung auch Berichte der „Times", des „Standard" und der „Daily News" vor, aus denen einige Einzelnheiten nachgetragen zu werden verdienen. Die egyptische Streitmacht wurde, diesen Berichten nach, etwa 24 englische Meilen von Suakim entfernt von einer mehrere tausend Mann zählenden Horde von Arabern überfallen. Die Egypter bildeten in aller Eile ein Schlachtenviereck; drei Seiten desselben nahmen die etwa 500 Mann zählenden schwarzen Soldaten ein, während die vierte Seite von 200 Baschibozuks gebildet wurde. Der Kampf war mörderisch, und es wäre wohl gelungen, den Angriff abzuschlagen, wenn die Baschibozuks Stand gehalten hätten; sie geriethen jedoch in Unordnung und lösten dadurch das feste Carré auf, in welches die Araber nunmehr eindrangen. Die Schwarzen verkauften auch da noch ihr Leben theuer, allein, von der Uebermacht erdrückt, gab es für sie kein anderes Schicksal, als den Tod. 15 Offiziere und 680 Mann blieben auf dem Platze; 25 Stabsoffiziere, 15 Kavalleristen und 18 Infanteristen entkamen, wenn auch mit Wunden bedeckt. Das Schlachtfeld, welches inzwischen von Nouvi Bey besucht wurde, soll einen furchtbaren Anblick bieten, und von unzähligen Todten, die ganzen Heerden von Aasgeiern zum Fraße dienen, übersäet sein. Das Weib eines der erschlagenen Baschibozuks will auf dem Schlachtfelde die Leichen der zwei europäischen Offiziere, welche die Expedition begleiteten, und weiter die dritte Leiche eines Europäers gesehen haben, deren Beschreibung auf die Person des Kommandanten Moncrieff paßt, der jedoch schon bei einem früheren Gefechte mit seinen 500 Begleitern als gefallen gemeldet wurde.

Aus Suakim wird unterm 7. d. M. gemeldet, daß das englische Kanonenboot „Ranger" Raketen oberhalb der Stadt warf, um die Insurgenten, von denen man einen nächtlichen Angriff befürchtete, zu verscheuchen. Suakim, welches mit dem festen Lande durch einen ganz schmalen Weg verbunden ist, steht trotz der zusammengeschmolzenen Garnison in keiner Gefahr, da der Zugang von der Seeseite durch die

dort liegenden Kanonenboote, und von der Stadt aus selbst durch die befestigten Batterien vollkommen gedeckt ist. Die egyptischen Beamten aber sind von einer unbeschreiblichen Panik ergriffen und sehen der weiteren Entwicklung der Dinge mit vollständiger Apathie entgegen. Der Fall der egyptischen Garnisonen in Tokar und Sinkat wird stündlich erwartet, da die Leute ohne alle Lebensmittel sind. Die vorgeschobenen Forts von Suakim werden jede Nacht beschossen. In der Stadt treibt sich allerhand verdächtiges Gesindel umher; die Telegraphenverbindung mit Jeddah ist durchschnitten — es geschieht aber nichts zur Abwehr, und man läßt das Fatum sich vollziehen. Diese Theilnahmslosigkeit schürt den Muth der Aufrührer. In Ober-Egypten predigen schon Derwische den heiligen Krieg, und das ganze, an das eigentliche Egypten stoßende Land ist in hellem Aufruhr. An einen Vormarsch Baker Paschas ist unter diesen Umständen vorläufig nicht zu denken. Zebehr Pascha wirbt Schwarze an, die sehr willig sind, sich einreihen zu lassen, da ihnen dadurch Gelegenheit geboten wird, in die Heimath zu kommen; ob sie dort gegen den Mahdi kämpfen werden, erscheint aber sehr fraglich. In Griechenland wird seit 14 Tagen insgeheim geworben. Die Armee wird aus den verschiedensten Elementen, aus Türken, Kroaten, Albanesen, Egyptern, Beduinen und Schwarzen bestehen, und es wird einige Zeit währen, ehe diese Truppen einexerzirt werden.

— Aus Washington, den 11. d., wird telegraphirt:

„Im Repräsentantenhause ist eine Bill eingebracht worden, durch welche die Einfuhr von gesundheitsschädlichen Waaren aus Ländern verboten wird, in denen die Einfuhr derartiger Waaren amerikanischer Herkunft verboten ist."

Es scheint, bemerkt die „N.-Z." hierzu, daß es hier auf Repressalien gegen Deutschland wegen des Verbotes der Einfuhr amerikanischen Schweinefleisches u. s. w. abgesehen ist. Näheres bleibt abzuwarten. Die Fassung des Gesetzentwurfes erscheint nach der telegraphischen Inhaltsangabe sehr wunderlich: wenn man gewisse Waaren für gesundheitsschädlich hält, kann man ihre Einfuhr wohl allgemein verbieten; aber es wäre doch sehr seltsam, sie nur aus einzelnen Ländern zu untersagen, mögen diese immerhin nach der Ansicht der Amerikaner Anlaß zu Repressalien gegeben haben.

Ausland.

Paris, 10. Dezember. Heute Nacht wurde im 4. Arrondissement folgender, auf grünes Papier gedruckter Aufruf angeschlagen:

„Arbeiter! Die Regierung ist ein Gesindel von Schurken und Spitzbuben. Ferry sollte aufgehängt werden. Die Kundgebung am 7. Dezember scheiterte durch die Fehler von Dummköpfen und Verkauften, die das Spiel der Regierung spielten. Arbeiter! Eure Rechte sind unbestreitbar, man muß euch Brot geben. Wir fordern euch auf, fest zusammen zu halten, euch, die man den Hungertod sterben läßt. Eine neue Versammlung, die in einigen Tagen abgehalten werden soll, wird einer zweiten Kundgebung vorausgehen, die an einem nur euch bekannten Orte stattfinden wird. Sie wird friedlich sein, aber wenn die Agenten Ferrys und Camescasses euch auseinandertreiben oder festnehmen wollen, so werden wir uns vertheidigen. Hoffen wir also, gutwillig oder gezwungen Brot zu erhalten."

Dieser Aufruf wurde von den Polizeidienern sofort herabgerissen.

In einem andern Maueranschlage heißt es: „Den redlichen Männern liegt es ob, zu zeigen, daß sie weder Getäuschte, noch Mitschuldige der Regierung sein wollen, ihren Abscheu kund zu geben und sich um Philipp VII. zu schaaren, der allein im Stande ist, das Unheil, womit unser unglückliches Vaterland bedroht ist, zu beschwören."

Die sogenannte „Caisse noire", welche die Royalisten vor einigen Jahren zur Unterstützung ihrer Kandidaten, Blätter u. s. w. gründeten, die aber nach dem Tode des Grafen von Chambord einging, wird jetzt wieder ins Leben gerufen werden. Der Graf von Paris hat mehrere seiner Anhänger mit der Reorganisation derselben betraut.

Paris, 11. Dezember. Die gemäßigten republikanischen Blätter betrachten die gestrige Abstimmung der Kammer als ein Vertrauensvotum, welches das Ministerium befestigen und die Lösung des mit China schwebenden Streites erleichtern werde. Das Land werde dieses Votum der Kammer gutheißen. Die monarchistische Presse konstatirt anläßlich der Abstimmung die Abnahme der ministeriellen Mehrheit. Die radikalen Blätter sagen, die Kammer habe den Krieg beschlossen und den Feinden Frankreichs in die Hände gearbeitet.

Paris, 10. Dezember. Der französische Botschafter in Madrid ist nach Paris gekommen, um der hiesigen Regierung seine Eindrücke über den Aufenthalt des deutschen Kronprinzen in Spanien mitzutheilen. Diese sind: Der König Alfons und besonders gewisse Personen in dessen Umgebung bereiteten dem deutschen Kronprinzen einen so warmen Empfang wie möglich; aber das spanische Volk blieb korrekt und zeigte eine sehr gemäßigte Begeisterung. Der Hof kann aus Furcht vor der Republik die Freundschaft Deutschlands wünschen, aber dieses Gefühl wird keineswegs von der Gesammtheit der Nation getheilt." Mögen die Franzosen sich mit diesem zwiefachen Aber beruhigen; um so besser für alle Betheiligten.

Washington, 8. Dezember. Eine große Deputation von Kongreßmitgliedern machte heute dem Präsidenten Arthur ihre Aufwartung und überreichte ihm eine Bittschrift, worin er dringend ersucht wird, einen Einfluß zu Gunsten eines Aufschubs der Hinrichtung O'Donnell's, des Mörders des Kronzeugen James Carey, auszuüben. Mr. Cox, der Deputirte für Newyork, hob hervor, daß O'Donnell ein amerikanischer Bürger sei und erklärte, daß das Tödten Carey's kein Mord, sondern das Ergebniß eines unüberlegten Streites sei. Er fügte hinzu, daß die Verurtheilung des Angeklagten ein Schandfleck der Rechtspflege sei. Carey's Tod stände in keinem Zusammenhange mit den politischen Ereignissen in Irland und in seiner Eigenschaft als Kongreßmitglied ersuchte er den Präsidenten, Schritte in der Sache zu thun. Im Weiteren wies er auf den Fall Lamson und auf Präsident Arthur's irische Abstammung hin und bat den Präsidenten, wenn möglich einen Aufschub der Hinrichtung zu erwirken, und wenn derselbe erlangt werde, keine Anstrengungen zu scheuen, um eine Umwandlung des Todesurtheils herbeizuführen. Der Präsident erwiederte, Mr. Frelinghuysen würde den Bandesgesandten in London, Mr. Lowell, unverzüglich auf telegraphischem Wege ersuchen, alle mögliche Information bezüglich O'Donnell's amerikanischer Bürgerschaft zu erlangen, und er selbst würde Alles thun, was er mit Anstand thun könnte, um die Wünsche der Deputation zu fördern. Der Clan-na Gall-Verein hat an jedes Kongreßmitglied die Mahnung gerichtet, die Anstrengungen zu unterstützen, die gemacht würden, um O'Donnell's Leben zu retten, da Letzterer Carey nur in der Nothwehr getödtet hätte. Der „Citizen", ein in Chicago erscheinendes Fenierblatt, erklärt, das Ergebniß des Prozesses O'Donnell's werde veranlassen, daß fortan Gewaltthätigkeit die Oberhand in der irischen Politik erhalte. Die Verurtheilung O'Donnell's habe im irischen Gemüthe der Hoffnung auf selbst gewöhnliche Gerechtigkeit von Engländern für immer ein Ende gesetzt. Im Weiteren erklärt das Blatt, es werde niemals wieder einen Cent für die Vertheidigung irgend eines Irländers vor einem britischen Gerichtshofe aufbringen und niemals Beiträge befürworten, es sei denn für den Zweck, Schrecken in England zu verbreiten. Der „Citizen" fährt dann fort: „O'Donnell wird ohne Zweifel gehängt werden, allein die irische Race wird nicht ermangeln, ihn zu rächen. England läßt keine Gnade walten, möge Irland dies ebenfalls nicht länger thun." Der Artikel schließt mit der Androhung irischer Repressalin in der Gestalt von Versuchen, das Parlamentsgebäude, die St. Pauls Kathedrale und die London Brücke zu zerstören.

Provinzielles.

Stettin, 13. Dezember. Wie unsern Lesern schon aus mehrfachen Veröffentlichungen bekannt geworden ist, wird gegenwärtig in unserer Stadt auf Anregung des Zentralverbandes eine Neugestaltung der freiwilligen Armenpflege angestrebt, eine Angelegenheit, die sich dem Interesse aller Edeldenkenden empfiehlt. So anerkennenswerth die Thätigkeit auch war, die bisher von Seiten verschiedener Vereine auf dem Gebiet der Armenpflege entfaltet worden ist: daß sie ihre Mängel hatte, konnten gerade Diejenigen sich nicht verhehlen, die am eifrigsten um das Wohl der Nothleidenden bemüht waren. Es war bis jetzt manchem Unterstützungsuchenden möglich, mehrere Vereine zugleich in Anspruch zu nehmen und eine ungerechtfertigte Häufung von Unterstützungen herbeizuführen, während die Bedürftigen anderer Stadttheile beinahe ganz außerhalb des Bereichs der Vereinsarmenpflege standen. Diesem und vielen andern Uebelständen abzuhelfen, ist die Stadt in 7 größere Bezirke eingetheilt worden, nämlich: Oberwiek, Lastadie, Neustadt, Oberstadt, Unterstadt, Westend-Torney und Königsthorstadt-Grünhof. Es wird dahin gewirkt, daß in jedem der genannten Bezirke sich ein Bezirksarmenverein bilde, welcher unter Fortfall aller bisherigen Armen- und Antibettelvereine die gesammte Armenpflege in seinem Bezirk, soweit sie nicht von der Stadt geübt wird, zu übernehmen hat. Die Vermittelung zwischen den 7 Bezirksvereinen soll das Komitee des Zentralverbandes bewirken, welches sich aus Vertretern der genannten Vereine zusammensetzt. Für die auswärtigen Hülfesuchenden sorgt die Zentralstelle, und wäre es am zweckmäßigsten, wenn dieselbe durch Beiträge der Bezirksvereine erhalten würde, sie wäre dann dessen überhoben, wie bisher, eine besondere Sammlung für ihre Zwecke zu veranstalten, und brauchte die Opferwilligkeit der Bürger dann nur von einer Seite her, nämlich von dem Bezirksarmenverein, in Anspruch genommen zu werden. — Gelingt es, diese Organisation, wie sie von Seiten des um das Armenwesen unserer Stadt schon mehrfach verdienten Zentralverbandes geplant und theilweise schon ins Werk gesetzt ist, völlig durchzuführen, so kann jeder Beitragende mit gutem Gewissen den unbekannten Bettler an die Zentralstelle verweisen, die, falls er hier ansässig ist, ihn dem betreffenden Bezirksarmenverein übergiebt, andernfalls die Sorge für ihn selbst übernimmt. — In den Bezirken Oberwiek, Neustadt, Lastadie und Westend-Torney haben sich die Bezirksarmenvereine bereits gebildet; für die Oberstadt ist ein solcher im Entstehen begriffen und wird sich demnächst mit einem Aufruf an die in seinem Bezirke Wohnenden wenden. Wir können nur wünschen, daß diese Bestrebungen von allen Seiten thatkräftige Unterstützung finden. Eine Mehrbelastung der Bürger mit pekuniären Opfern für Armenzwecke braucht das nicht herbeizuführen, wenn nur ein Jeder das, was er zu den bisherigen Vereinen beigetragen und den Bettlern direkt gegeben hat, von jetzt an seinem Bezirksarmenverein zuwenden wollte, so wäre der neuen Organisation eine für alle Theile gedeihliche Existenz gesichert.

— Die Direktion der hiesigen Straßenbahn giebt bekanntlich Abonnementskarten aus, sowohl für einzelne Theilstrecken als auch für die Benutzung der sämmtlichen Linien. Für die Mehrzahl der Theilstrecken ist nun „Stettin" als Ausgangs- resp. Endpunkt genommen und es könnte demnach die Frage entstehen, ob beispielsweise eine für die Strecke Stettin-Frauendorf gelöste Abonnementskarte auch zur Benutzung der Strecke Roßmarkt-Bellevue berechtigt, da ja der von dieser Linie berührte Stadttheil ebenfalls zu Stettin gehört. Diese Frage bildete, wie die „N. St. Z." mittheilt, den Gegenstand eines Rechtsstreits, der zwischen dem Inhaber einer derartigen Karte und der Direktion der Straßenbahn kürzlich vor dem hiesigen Amtsgerichte zur Entscheidung gelangte. Ein hiesiger Geschäftsmann hatte sich nämlich für den Monat Juli d. J. von einem Kondukteur der Straßenbahn eine Abonnementskarte für die Strecke Stettin Frauendorf besorgen lassen und hierfür den tarifmäßigen Satz von 9 Mark bezahlt. Eines Tages im Juli fuhr der Inhaber der Abonnementskarte auf der Strecke Roßmarkt-Bellevue und wurde ihm das Fahrgeld mit 10 Pfg. abgefordert, trotzdem er sich auf seine Karte berief. Er zahlte unter Vorbehalt seiner Rechte und klagte das gezahlte Fahrgeld gegen die Direktion der Straßenbahn ein. In seiner Klage behauptete er, daß er seit zwei Jahren auf Grund gleicher Abonnementskarten die Strecke Roßmarkt-Lindenstraße unbeanstandet habe benutzen können, an deren Stelle nun vom Kirchplatz aus die gleich lange Strecke bis Bellevue getreten sei. Bellevue gehöre ebenfalls zu Stettin, und könne er auf Grund seiner Abonnementskarte, welche für die Tour Stettin-Frauendorf ausgestellt sei, auch diese Strecke benutzen. Die verklagte Direktion wandte ein, daß die Auslegung des Klägers in der Konsequenz dazu führen müsse, daß er sämmtliche Strecken der Bahn benutzen dürfte, da ja Westend und die Grenzstraße ebenfalls zum Weichbilde von Stettin gehören, es wäre ja nicht abzusehen, weshalb dann überhaupt noch die theureren Abonnementskarten gelöst und verkauft würden. Für sämmtliche Linien koste, wie durch Aushänge im Büreau und in den einzelnen Wagen bekannt gemacht sei, eine derartige Karte 14 Mark, es würden indeß Abonnementskarten für die Theilstrecken Stettin Grünhof, Stettin Grabow, Grabow-Züllchow, Stettin-Züllchow, Stettin-Westend. Stettin-Bellevue zu bestimmten niederen Monatspreisen ausgegeben. Das Gericht wies die Klage zurück. Es schloß sich den Ausführungen des Verklagten an und legte noch besonders Gewicht darauf, daß Kläger die Karte nicht im Büreau der Gesellschaft, wie sonst vorgeschrieben, persönlich gelöst habe, wo er unzweifelhaft von vorn herein in Erfahrung gebracht haben würde, welche Rechte er mit der Lösung der Karte erwerbe. Durch seine häufige Benutzung der Wagen der Bahn habe Kläger in der That auch wohl direkte Kenntniß von dem Inhalt der in dem Wagen angebrachten bezüglichen Plakate gewonnen.

— Das zur direkten deutschen Dampfschifffahrt (Expedienten Morris und Co.) gehörende Hamburger Dampfschiff „India", Kapt. v. Holt, ist am 10. Dezember wohlbehalten in Newyork angelangt. Dasselbe überbrachte 487 Passagiere und volle Ladung.

— Der Postdampfer „Weser", Kapt. H. Bruns, vom Norddeutschen Lloyd in Bremen, welcher am 17. November von Bremen abgegangen war, ist am 10. Dezember wohlbehalten in Galveston angekommen.

— Werden dem Strafantragsteller bei der Einstellung des Verfahrens wegen Zurücknahme des Strafantrages die Kosten des Verfahrens auferlegt, so steht ihm nach einem Urtheil des Reichsgerichts, III. Straffenats, vom 22. Oktober d. Js., falls er sich dadurch für unrechtmäßig beschwert erachtet, dagegen die Revision zu.

— Auf vielfaches Verlangen wird im „Stadt-Theater" heute die lustige Posse „Ein gemachter Mann" von Jacobson zu kleinen Preisen wiederholt. Morgen, Freitag, findet als vierte Vorstellung im zweiten Opern-Zyklus die Aufführung der Oper „Fra Diavolo" von Auber statt.

— Vorgestern Abend fand, wie die „Ostsee-Ztg." schreibt, auf Veranlassung des Regierungs-Präsidenten Wegener eine Besichtigung der Pferdebahnstrecke „Friedrichstraße-Bellevue" statt, behufs Beschlußfassung darüber, wie es am besten möglich zu machen sein werde, diese Strecke dem Fußverkehr freizugeben. Bei der Besichtigung waren außer dem Regierungs-Präsidenten der Oberbürgermeister, der Polizei-Präsident und andere Fachbeamte zugegen. Es wurde beschlossen, den betheiligten Behörden folgendes Projekt vorzulegen: Das von dem Uebergangspunkt hinter der Artilleriekaserne nach den Anlagen führende Trottoir soll von dort weggenommen und die westliche Seite der Pferdebahnstrecke entlang nach Bellevue zu verlegt, auch soll die Strecke beleuchtet werden. Die Fußgänger müssen alsdann von der Friedrichstraße bis zu dem Uebergangspunkt den Weg hinter der Artilleriekaserne benutzen und dürfen dann von dem Kreuzungspunkt bis nach Bellevue das längs der Pferdebahn anzulegende Trottoir passiren.

Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: „Ein gemachter Mann." Posse mit Gesang in 3 Akten.

Die neue Weihnachtskomödie „Der Struwelpeter und König Nußknacker", Weihnachts-Zaubermärchen mit Gesang und Tanz in 5 Bildern und einem Vorspiel von Ludwig Raupp, hat sich — so wird aus Hamburg geschrieben — bei ihrer ersten Aufführung im Thalia-Theater als eine, den Geschmack der kleinen Welt außerordentlich glücklich treffende Wahl erwiesen. Mit urwüchsigem, liebenswürdigem Humor sind in ein sinniges Märchen die bekannten Hoffmann'schen Gestalten aus dem Struwelpeterbuch verwoben. Die Ausstattung war ganz vorzüglich und auch das muntere, launige Spiel aller Mitwirkenden verdient Lob.

Vermischtes.

Berlin. Der verurtheilte Verbrecher Dickhoff beschäftigt sich freiwillig im Untersuchungsgefängniß mit der Anfertigung von Blumen. Derselbe trägt im Gefängniß ein außerordentlich bescheidenes Wesen zur Schau und erhofft viel für sich von seiner eingelegten Revision.

Berlin. Nachdem, wie bekannt, den japanesischen Gesandten am Berliner Hofe, Herrn Aoki, bereits vor längerer Zeit eine Dame aus dem preußischen Adel zum Gatten erkoren, hat dieses Beispiel Nachahmung gefunden, indem sich dieser Tage ein Fräulein Natalie von Langen in Berlin mit dem Major Jo Kastwa Mura, Militär-Attaché der kaiserlich japanesischen Gesandtschaft hierselbst verlobt.

— **Ein Unglücksfall so seltsamer Art**, wie er sich vorgestern in Rixdorf bei Berlin zugetragen, dürfte noch niemals vorgekommen sein. Eine ganze Reihe ungewöhnlicher Umstände mußten zusammenwirken, um das erschütternde Ereigniß herbeizuführen. Mehrere Kinder hatten auf dem Grundstück Rosenstraße 9 einen großen Schneemann gebaut und denselben so ausgehöhlt, daß ein kleines Kind darin bequem stehen konnte. Nach einander wurden die kleinsten Jungen hineingehoben. Während nun der fünfjährige Sohn des Arbeiters Matschat in dem Schneemann saß, kam, ohne eine Ahnung davon zu haben, ein größerer Junge mit einer geschärften Axt hinzu. Um Unfug zu treiben, versuchte er mit der gefährlichen Waffe dem Schneemann den Kopf zu spalten — ein Aufschrei des tödtlich verletzten Kindes und das Jammern der Spielkameraden zeigte ihm erst, welch' entsetzliches Unheil er angerichtet. Der arme Kleine wird seinen Verletzungen wahrscheinlich erliegen.

Hannover, 10. Dezember. Eine eigentlich selbstverständliche in militärischen Kreisen hier vielfach besprochene und gewiß anderen Orts nicht uninteressante Angelegenheit hat, zufolge der „N. H. Ztg.", endlich eine befriedigende Erledigung gefunden. Ein Regimentskommandeur war auf dem Marsche, um an den marschirenden Kolonnen rasch vorbei zu kommen, auf dem Bankett der Chaussee, das bestimmungsmäßig nur von Fußgängern betreten werden darf, geritten, was auf die desfallsige Anzeige des provinzialständischen Chausseeaufsehers von der zuständigen Behörde einen Strafbefehl gegen den betreffenden Offizier zur Folge hatte. Das Generalkommando des 10. Armeekorps hatte sich dagegen entschieden verwahrt und erklärt, daß, wenn Truppen auf dem Marsche eine Straße passiren müßten, welche durch Fuhrwerk oder sonst auf einer Seite gesperrt sei, es oft unvermeidlich sei, daß die berittenen Chargen um ihren dienstlichen Obliegenheiten nachkommen zu können, die Fußwege und Banketts, ja in den Städten selbst die Trottoirs vorübergehend benutzen müßten, und daß der militärische Dienst in bedenklicher Weise leide, wenn die betreffenden Offiziere sich bei nothgedrungenem Betreten eines Fußweges einem Strafverfahren ausgesetzt sähen. Das Landesdirektorium, dem unsere sämmtlichen Chausseen und Landstraßen unterstehen, hat die betreffenden Ausführungen nach Verhandlung mit dem Oberpräsidenten als berechtigt anerkannt und Anordnung getroffen, daß vom Aufsichts-Personal etwa eingehende Anzeigen gegen Offiziere im Dienste wegen Uebertretung wegepolizeilicher Vorschriften stets erst von den Wegbau-Inspektionen darauf geprüft werden sollen, ob wirklich eine strafrechtliche Verfolgung angezeigt erscheine, und daß in Fällen, wie der oben angeführte, von Einleitung einer solchen abgesehen werden solle.

Telegraphische Depeschen.

Dresden, 12. Dezember. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer erklärte der Kriegsminister, daß selbst bei Zustandekommen des deutschen Offizier-Konsum-Vereins eine Gefahr für die Gewerbtreibenden fern liege; da derselbe auf Baarzahlung basirt sei, werde er denselben eher nützen. Amtlich sei ihm übrigens das Projekt noch unbekannt.

Darmstadt, 12. Dezember. Die erste Kammer hat die Gesetzvorlagen über die Kapitalrentensteuer und über die Gewerbesteuer nach den Ausschußanträgen genehmigt.

Madrid, 12. Dezember. Die Ankunft des deutschen Kronprinzen in Cordova sollte nach den getroffenen Reisedispositionen heute Vormittag 11 Uhr stattfinden, von Cordova beabsichtigt der Kronprinz nach einem Besuch der zur Kathedrale umgewandelten Moschee bereits Nachmittags 2 Uhr nach Alcazar weiter zu reisen, wo sich die Eisenbahn nach Valencia abzweigt. Die Ankunft in Valencia sollte morgen Vormittag 11 Uhr und die Weiterreise von dort nach Barcelona morgen Abend 6 Uhr erfolgen. Die Ankunft des Kronprinzen in Barcelona würde Freitag Vormittag 9 Uhr stattfinden.

London, 11. Dezember. In einer in Newcastle am Tyne abgehaltenen Versammlung des Vereins der Dampfer Rheder im Norden Englands wurde eine Resolution angenommen, welche die vom Komitee der englischen Schiffs-Rheder in London mit Lesseps abgeschlossene Konvention für ungenügend und unannehmbar erklärt.

Washington, 12. Dezember. In dem Repräsentantenhause sind Anträge eingebracht worden auf Beschränkung der Ausprägung von Silber und auf Einziehung der Handelsdollars, ferner ein Antrag, den Schatzsekretär Folger zu ermächtigen, mit den Einnahme-Ueberschüssen zu jeder ihm angemessen erscheinenden Zeit 4proz. und 4½proz. Bonds anzukaufen und zu annulliren, anstatt die gegenwärtig nach Belieben der Regierung zahlbaren 3proz. Bonds behufs Tilgung einzuberufen.